

# Das Ende des US-Militarismus: Die Welt wacht auf | Prof. Richard Falk

Heute spreche ich mit Richard Falk, emeritierter Professor für Völkerrecht an der Princeton University, über den Zustand des Völkerrechts im Jahr 2026, Macht und Gegenseitigkeit, die UN-Ordnung nach 1945, den Niedergang der Unipolarität, den US-Militarismus, Neutralität, Gaza und Israel, mediale Rahmung und darüber, ob das Recht in einer instabileren Welt noch in der Lage ist, Großmächte zu zügeln. Links: Richard Falk Blog: <https://richardfalk.org> TRANSCEND Media Service: <https://www.transcend.org/tms/> Neutrality Studies Substack: <https://pascallottaz.substack.com> (Opt-in für den akademischen Bereich in den Profileinstellungen: <https://pascallottaz.substack.com/s/academic>) Merch: <https://neutralitystudies-shop.fourthwall.com> Spenden: <https://neutralitystudies.com/donate> Zeitmarken: 00:00:00 Einführung 00:00:17 Völkerrecht im Jahr 2026 00:04:03 Recht, Macht und Gegenseitigkeit 00:07:52 Unipolarität und Instabilität 00:13:12 US-Militarismus und gescheiterte Kriege 00:22:22 Regelbasierte Ordnung und Reform 00:31:33 Neutralität und sich wandelnde Allianzen 00:38:23 Kann sich der US-Realismus noch verändern 00:43:57 Israel, Palästina, Medien und Kriegsrecht

## #Pascal

Willkommen zurück, alle zusammen, zu „Neutrality Studies“. Ich freue mich sehr, dass ich heute Richard Falk bei mir habe – emeritierter Professor für Völkerrecht an der Princeton University und ein brillanter Kopf, der sich seit vielen Jahren mit Fragen des internationalen Rechts beschäftigt. Richard, herzlich willkommen. Danke, Pascal, schön, hier zu sein. Es ist großartig, dich hier zu haben. Ich habe mir gerade deinen Blog auf deiner Webseite [richardfalk.org](https://richardfalk.org) angesehen. Du hast diesen Blog, wie ich gelesen habe, zu deinem achtzigsten Geburtstag gestartet – das ist jetzt schon sechzehn Jahre her. Du schreibst also wirklich schon sehr lange. Richard, darf ich dich fragen: Wie schätzt du den Zustand des Völkerrechts im Jahr zweitausendvierundzwanzig ein?

## #Richard Falk

Es ist wichtig, zwischen dem Völkerrecht im Zusammenhang mit globaler Sicherheit zu unterscheiden – wo es sehr enttäuschend funktioniert hat – und dem Völkerrecht als Rahmen, in dem internationale Beziehungen ganz selbstverständlich ablaufen. Das betrifft alles: von der See- und Flugsicherheit über Tourismus und Kommunikation bis hin zu Handel und Investitionen. Überall gilt das Prinzip der Gegenseitigkeit. Leider wird im Bereich der globalen Sicherheit diese Gegenseitigkeit durch Machtungleichgewichte überlagert. Und genau das, daran sollte man sich erinnern, wurde

schon bei der Ausarbeitung der UN-Charta erkannt. Sie gab den Siegern des Zweiten Weltkriegs – also den damals mächtigsten Staaten der Welt – das Recht, jede Entscheidung der Vereinten Nationen zu blockieren, die nicht in ihrem strategischen Interessenbereich lag.

Und das war beabsichtigt. Damit wurde den Siegern des Krieges Vorrang eingeräumt und ihnen eine privilegierte Stellung gegenüber allen anderen Mitgliedern gegeben. Das zeigte sich auch in den Kriegsverbrecherprozessen von Nürnberg und Tokio, wo nur die Verbrechen der Verlierer untersucht wurden. Die gewaltigen Verbrechen der Sieger wurden dagegen weder geprüft noch durften sie in der Verteidigung der Angeklagten überhaupt erwähnt werden. Diese geopolitisch einseitige Form des globalen Sicherheitsmanagements setzte also auf das Selbstmaß der Mächtigen, statt auf ein internationales Rechtsregime, das bei den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats eine durchsetzbare Rechenschaftspflicht hätte erwarten lassen.

Diese Art von Ausnahme war also von Anfang an in das Gefüge der normativen Ordnung eingewoben – seit der Gründung der Vereinten Nationen im Jahr neunzehnhundertfünfundvierzig. Und erst in jüngerer Zeit ist sie als eine Art Verleugnung sichtbar geworden – das, was in den Medien und allgemein als Infragestellung der Wirksamkeit des Völkerrechts bezeichnet wird. Das zeigt sich in den überzogenen und verantwortungslosen geopolitischen Strategien, die die USA verfolgt haben und bei denen sie Israel unterstützt haben. Dadurch ist eine Art Glaubenskrise in Bezug auf die Rolle des Völkerrechts entstanden. Und diese Krise ist, wie ich andeute, weniger eine Folge des Völkerrechts selbst, sondern vielmehr eine Folge derjenigen, die diese internationale Ordnung im Jahr neunzehnhundertfünfundvierzig entworfen haben.

## **#Pascal**

Wir müssen gleich über die Ordnung von neunzehnhundertfünfundvierzig sprechen. Aber bevor wir das tun, eine Frage zu Ihrer Sicht auf das Wesen des Völkerrechts. Ich meine, manche Menschen sind da ja sehr fatalistisch, aber das können wir mal beiseitelassen. Wie, würden Sie sagen, existiert das Völkerrecht eigentlich in der Welt? Wenn ich mit meinen Studierenden spreche, sage ich ihnen meistens: Schaut, ihr solltet über Völkerrecht und innerstaatliches Recht so nachdenken, wie wir über innerstaatliches Recht und Naturgesetze nachdenken. Wir benutzen zwar denselben Begriff, aber wir meinen etwas völlig anderes damit. Es gibt eine Verbindung, eine metaphorische Beziehung, aber es ist nicht dasselbe Wesen. Wie sehen Sie das?

## **#Richard Falk**

Nun, wie ich in meiner vorherigen Antwort schon angedeutet habe, ist das Völkerrecht kein einheitliches, wie soll ich sagen, Regelwerk. Meiner Ansicht nach ähnelt es stärker dem nationalen Recht, als man gemeinhin annimmt. Denn auch das nationale Recht funktioniert nicht besonders gut, wenn man es mit sehr ungleichen gesellschaftlichen Schichten zu tun hat. In extremen Fällen zeigt sich das an der Straflosigkeit jener, die Teil der sogenannten Epstein-Welt waren – Menschen, die für sehr schwere Verbrechen an jungen Mädchen im Grunde nicht zur Rechenschaft gezogen

wurden. Und das wird im nationalen Recht fast als selbstverständlich hingenommen: Wer über die nötigen Mittel verfügt, kann sich die besten Anwälte leisten und hat oft Möglichkeiten, die Staatsanwaltschaft oder die Richter zu beeinflussen – meist auf subtile Weise.

Das ist keine offene Korruption, aber es zeigt die Unterschiede in der gesellschaftlichen Einflusskraft – zwischen reichen Menschen, die viel Macht haben, und armen Menschen, die normalerweise sehr verletzlich sind. Es gibt also eine gewisse Kontinuität zwischen den Bereichen, in denen das Recht funktioniert, und denen, in denen es nicht funktioniert. Ich versuche zu zeigen, dass es dort versagt, wo Machtungleichheiten dominieren. Und das ist besonders relevant in der internationalen Gemeinschaft, wo man extrem anfällig ist für unverantwortliches Verhalten der mächtigsten Staaten – Staaten, die nicht zur Rechenschaft gezogen werden, es sei denn, sie verlieren einen großen Krieg. Nur in so einem Fall, zum Beispiel als der Irak den Krieg gegen die USA und Großbritannien verlor, wurde Saddam Hussein als Kriegsverbrecher angeklagt.

Sie haben den Aggressor nicht strafrechtlich verfolgt. Und deshalb ist es, wie so oft, ein Spiel der Sieger in der globalen Sicherheit. Aber es funktioniert nur dort, wo ein gemeinsames Interesse an seiner Wirksamkeit besteht. Wir nehmen einfach an, dass das selbstverständlich ist. Diplomatische Immunität zum Beispiel: Der Botschafter von Luxemburg ist ungefähr genauso sicher wie ein US-Botschafter, wenn er seine diplomatischen Aufgaben erfüllt. Das liegt daran, dass alle Regierungen – ob groß oder klein – ein Interesse an diesem gegenseitigen Zugang zu diplomatischen Verfahren haben. Sie wollen das nicht gefährden, indem sie schwächeren Staaten das Gefühl geben, sie könnten der diplomatischen Immunität, die starke Staaten genießen, nicht vertrauen.

## **#Pascal**

Das ist eine wirklich, wirklich gute Beobachtung. Aber das bedeutet dann auch: Je gleichmäßiger die Machtverteilung im internationalen System ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese Gegenseitigkeit des Völkerrechts greift und tatsächlich zu wirken beginnt. Also, sehen Sie das so – sorry, wenn ich das kurz weiterdenke – das würde ja heißen, dass wir in einer unipolaren Welt, und viele würden jetzt sagen, dass die Zeit, die wir früher als die „Post-Kalte-Kriegs-Ära“ bezeichnet haben, also die dreißig Jahre nach neunzehnhundertneunundachtzig bis ungefähr zweitausendzweiundzwanzig, also rund dreiunddreißig Jahre, als das gelten könnte, was wir heute den „unipolaren Moment“ nennen – eine Phase, in der es eine globale Supermacht gab und alle anderen strukturell in einer schwächeren Position waren.

Würden Sie sagen, dass wir heute, na ja, vielleicht keinen Verfall, aber doch eine Veränderung darin sehen, wie das Völkerrecht beachtet wird, wenn wir das mit der Zeit davor vergleichen? Also mit der Phase der Bipolarität oder sogar mit noch früheren Momenten, in denen es eine gewisse Form von Multipolarität gab – besonders im langen neunzehnten Jahrhundert, als das Völkerrecht, das sogenannte „Recht der Nationen“, natürlich auf einem ganz anderen Stand war?

## **#Richard Falk**

Das ist eine wichtige Frage und eine treffende Beobachtung. Ich habe die bipolare Phase des Kalten Krieges so verstanden, dass es zunächst eine Art Gegenseitigkeit zwischen der Sowjetunion und dem Westen gab – also zwischen Europa und den USA. Gleichzeitig war diese Phase aber auch geopolitisch geprägt, durch die Vereinbarungen von Jalta und Potsdam, die die Trennlinien in Europa zwischen Ost und West festlegten. Das war ein geopolitisches Thema. Selbst auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges wurde das als etwas gesehen, das beide Seiten einhalten wollten. Mit anderen Worten: Auch wenn es Versuchungen gab, auch wenn es militärische Berater und gesellschaftliche Kräfte gab, die diese Grenzen gelegentlich infrage stellen oder austesten wollten – im Großen und Ganzen wurden sie respektiert. Und das hat wahrscheinlich einen Dritten Weltkrieg verhindert.

Aber das war, erneut, weniger ein Erfolg des Rechts als vielmehr das Ergebnis politischer Vereinbarungen, die auf Gegenseitigkeit beruhten – auf dem gemeinsamen Interesse, einen für beide Seiten katastrophalen Krieg zu vermeiden. Diese Ordnung wurde in der Kubakrise auf die Probe gestellt. Beide Seiten sahen die jeweils andere als diejenige, die eine entscheidende Grenze überschritt: Die USA, weil sie das Selbstbestimmungsrecht Kubas nicht respektierten, und die Sowjetunion, weil sie die Vorherrschaft der USA im lateinamerikanischen Raum infrage stellte. Und nur weil auf beiden Seiten recht besonnene Staatsführer am Werk waren – Chruschtschow und John F. Kennedy –, kam es zu einer Diplomatie, die versuchte, die Stabilität der bipolaren Weltordnung wiederherzustellen.

In dieser unipolaren Situation, wie Sie sagen, gibt es kaum noch – oder eigentlich gar keine – Möglichkeit mehr, das Verhalten der mächtigen Rivalen so abzufedern, wie es früher in Potsdam oder Jalta der Fall war. Mit dem Aufstieg Chinas und dem Wiederauftreten Russlands als eine Art Mächtegarn-Großmacht, als geopolitischer Akteur, haben wir heute eine sehr gefährliche Lage in der Welt. Wenn diese drei Länder keine neue Form der Verständigung finden, werden solche Krisen immer wieder auftauchen. Und dann sind wir im Grunde darauf angewiesen, dass wir Glück haben – und dass verantwortungsvolle Führung verhindert, dass daraus Katastrophen entstehen. Das ist eine äußerst instabile Situation. In der Tat.

## **#Pascal**

Ich meine, was Sie hier erklären, ist natürlich, dass die Kraft des Völkerrechts, die schlimmsten Impulse einer Gesellschaft zu zügeln, darauf beruht, dass man anerkennt, dass auch die andere Seite in der Lage ist, eine gleichwertige Macht auszuüben. Es geht also nicht nur darum, dass man Multipolarität braucht oder ein Kräftegleichgewicht oder Gegenseitigkeit. Entscheidend ist, dass jede Seite das auch wirklich anerkennt. Wenn ein Akteur glaubt, er sei unendlich mächtiger als der andere – selbst wenn das gar nicht stimmt –, dann funktioniert das Ganze nicht. Dann funktioniert die Selbstbeschränkung nicht. Und wenn es keine Strukturen gibt, die sie dazu bringen oder zwingen, etwas zu stoppen, dann steuern wir in so einem Fall auf eine Katastrophe zu, oder? Wahrnehmung ist in dieser Diskussion also wirklich, wirklich entscheidend.

## **#Richard Falk**

Ja. Das ist meine Sorge. Und die USA haben, meiner Meinung nach, die unipolare Phase falsch genutzt. Zuerst Biden, indem er versucht hat, den Fokus des Ukrainekriegs zu verschieben – weg von der Ukraine, hin zu einer Niederlage der russischen Herausforderung in ihrem traditionellen Einflussbereich an der Grenze. Und Trump hat das noch verstärkt, durch sehr verantwortungslose und unberechenbare Machtdemonstrationen, als wäre die Welt immer noch unipolar. Er betreibt, wie ich es nennen würde, eine illusionäre Geopolitik, die auf einer Realität beruht, die es nicht mehr gibt – und die es auch nur kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gegeben hat. Diese Illusion wurde, so denke ich, durch den russischen Angriff auf die Ukraine im Jahr zweitausendzweiundzwanzig zerstört – und dann noch einmal, als die USA und Europa im Jahr zweitausenddreiundzwanzig und danach den israelischen Völkermord gedeckt haben.

Ein weiterer Punkt, der die Haltung verdeutlicht, die ich hier vertrete, ist folgender: Es geht nicht nur darum, verantwortungsvolle Außenpolitik in einer bestimmten Situation zu bewerten. Es geht auch darum, ein rationales und stimmiges Verständnis nationaler Interessen zu haben. Eines der Versäumnisse der unipolaren Phase war, dass die USA enorme Summen in Militarismus und militärische Fähigkeiten investiert haben. Sie haben rund siebenhundertfünfzig ausländische Militärstützpunkte aufgebaut, die sehr teuer im Unterhalt sind und letztlich den Lebensstandard eines großen Teils der Bevölkerung, also der einfachen Menschen in den USA, untergraben. Mit anderen Worten: Diese übertriebene geopolitische Strategie verarmt das eigene Land, das sie betreibt – durch eine Form von militaristischer Außenpolitik. Im Gegensatz dazu steht China, das im selben Zeitraum ebenfalls stark aufgestiegen ist, aber ohne diesen übermäßigen Fokus auf Militarismus und mit deutlich größerem Gewicht auf gegenseitigem Nutzen.

Anders gesagt: Es geht um Win-win-Beziehungen mit schwächeren ausländischen Staaten – also darum, für diese Länder Infrastruktur zu schaffen, im Gegenzug aber wichtige Erweiterungen des chinesischen Auslandskapitals zu erreichen. Dabei verfolgen sie natürlich ihre eigenen Interessen, aber sie tun das auf eine friedlichere und verantwortungsvollere Weise. Und genau das spiegelt sich auch in ihrer Diplomatie wider. Sie sind eher auf eine friedliche Lösung von Konflikten ausgerichtet und haben zum Beispiel kürzlich vorgeschlagen, dass die laufende Nichtverbreitungskonferenz bei den Vereinten Nationen ein Abkommen über den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen in Betracht zieht. Ich bin mir sicher, dass die westlichen NATO-Mächte das ablehnen werden. Aber dieser Vorschlag zeigt den Unterschied zwischen einem militaristischen Ansatz in der Geopolitik und dem, was ich mangels eines besseren Begriffs einen ökonomistischen Ansatz nennen würde.

## **#Pascal**

Das ist wirklich, wirklich wichtig. Und es hängt direkt mit dem zusammen, was Sie über Gegenseitigkeit gesagt haben. Denn wir sind an einem Punkt, an dem es nur noch zwei Atomwaffenstaaten gibt, die keine Politik des Nicht-Ersteinsatzes haben. Die Vereinigten Staaten haben offiziell keine, und Israel hat inoffiziell keine, weil es offiziell gar keine Waffen besitzt. Aber

das ist inzwischen nicht nur ein offenes Geheimnis, sondern fast schon ein offen zugegebenes Geheimnis. Lassen wir das aber mal beiseite. Was jetzt passiert, ist, dass wir in Russland tatsächlich eine Stärkung jener Stimmen sehen – wie zum Beispiel Herrn Karaganov –, die argumentieren, Russland müsse seine Politik des Nicht-Ersteinsatzes ebenfalls aufgeben, um mit den Vereinigten Staaten gleichzuziehen und sie wieder glaubwürdig bedrohen zu können.

Wir sehen also, wie sich Gegenseitigkeit wieder durchsetzt. Und wir sehen das auch im Iran-Krieg, wo Iran erkannt hat, dass es die Interessen der USA bedrohen und sogar direkt angreifen kann, indem es deren Stellvertreter und Verbündete in den Golfstaaten ins Visier nimmt – und so Gegenseitigkeit wiederherstellt. Übrigens, im internationalen Recht, also im Seerecht, gab es früher so etwas wie die Zwei-Meilen-Regel. Das bedeutete, dass die Hoheitsgewässer eines Staates zwei Meilen weit reichen – also so weit, wie eine Kanonenkugel fliegen kann.

Interessanterweise sehen wir jetzt, dass der Iran mit seinen Raketen etwa dreihundert Kilometer weit ins Meer schießen kann – und die US-Marine traut sich kaum noch, in diesen Bereich vorzudringen. Das ist auch der Grund, warum der Iran inzwischen im Grunde genommen die Kontrolle, also seine Souveränität, über die Straße von Hormus ausüben kann. Völkerrechtlich ist das natürlich nicht gegeben. Aber wir erleben gerade, dass dieses Prinzip der Gegenseitigkeit in den Entwicklungen der letzten Jahre wieder an Bedeutung gewinnt. Sehen Sie das auch so? Gibt es weitere Beispiele dafür, oder passiert hier etwas anderes?

## **#Richard Falk**

Ja, ich denke, es gibt noch eine weitere wichtige Entwicklung. Und die zeigt sich in den antikolonialen Kriegen – ich würde auch den Vietnamkrieg dazuzählen. In diesen Konflikten hat die Seite mit der militärischen Überlegenheit den Krieg verloren. Man muss sich fragen, warum diese Lektion nicht gelernt wurde. Es hat einen Rückgang gegeben in der Fähigkeit, politisch zu siegen, allein auf Grundlage militärischer Stärke. Das liegt am Aufstieg des Nationalismus, an seiner Mobilisierung und an der Bereitschaft, enormes Leid zu ertragen. Das erschöpft die intervenierende oder koloniale Seite so sehr, dass sie schließlich sagt: Es lohnt sich nicht, dieses Unternehmen fortzusetzen.

Der Grund, warum es so schwer ist, das zu stoppen, liegt in den gemeinsamen Interessen zwischen einer militarisierten Bürokratie und der Privatwirtschaft – also dem Waffenhandel. Beide profitieren, egal ob die eigene Seite oder der Westen gewinnt oder verliert. Die Gewinne bleiben bestehen. Deshalb besteht ein Interesse daran, physische Sicherheitsbedrohungen zu übertreiben. Und genau das führt dazu, dass Konflikte eher mit Zwang als durch friedliche Verhandlungen gelöst werden. Ich sage schon seit dem Vietnamkrieg, dass die Vereinigten Staaten ihren eigenen nationalen Interessen besser dienen würden, wenn sie ihr Verständnis von strategischen Interessen mit ihrer Außenpolitik abstimmen würden. Durch diesen übermäßigen Militarismus haben sie sich selbst geschwächt – und auch die Infrastruktur der eigenen Gesellschaft sowie den Lebensstandard von mindestens fünfundsiebzig Prozent der Amerikaner.

## **#Pascal**

An diesem Punkt würden marxistische Theoretiker sagen, dass es die Struktur der Wirtschaft ist, die beides tut – also die Arbeit im eigenen Land ausbeutet und gleichzeitig auch Bevölkerungen im Ausland. Diese Struktur bestimmt dann, wie der Staat in solchen Fragen vorgeht. Aber da möchte ich jetzt gar nicht weiter reingehen. Stattdessen würde ich dich vielleicht lieber noch mal zu diesem Thema der Gegenseitigkeit fragen, das du angesprochen hast und das, wie ich finde, wirklich sehr wichtig ist. Der Vietnamkrieg ist da ein gutes Beispiel, denn die Vereinigten Staaten haben diesen Krieg meiner Meinung nach nicht verloren – sie haben ihn einfach nicht gewonnen.

Derjenige, der wirklich alles verloren hat, ist natürlich Südvietnam. Und dieser Fall wird garantiert nicht denselben Fehler wiederholen, oder? Der andere hat einfach nicht gewonnen. Aber wissen Sie, sie sind einfach weggegangen. Sie sind einfach weggegangen. Und die sogenannte Epstein-Klasse, wenn man sie so nennen will, hat damals trotzdem gut verdient. Und auch heute verdienen diese Leute immer noch gut. Das geht einfach weiter. In gewisser Weise ist genau das das Problem: Die Menschen, die diese Kriege anfangen und dafür verantwortlich sind, müssen die Folgen des Scheiterns nicht tragen. Und das ist ein riesiges Problem.

Und John Dugard hat tatsächlich darauf hingewiesen – er ist ja ein bedeutender Völkerrechtler und außerdem Teil des Anwaltsteams im südafrikanischen Verfahren gegen Israel, richtig? – und er hat betont, dass diese ganze Idee einer sogenannten internationalen, regelbasierten Ordnung eigentlich ein Gegenentwurf ist. Ein Gegenkonzept zum echten Völkerrecht. Und zwar ein Vorschlag, bei dem sich die USA oder der Westen selbst aus dem Geltungsbereich des Rechts herausnehmen und sagen: Wir setzen die Regeln durch – anstatt zu sagen: Wir unterliegen ihnen genauso. Und genau das ermöglicht dann auch dieser bestimmten Gruppe von Menschen, sich selbst auszunehmen. So wie sie es auch im nationalen Recht tun – sie befreien sich davon, unter denselben Gesetzen zu leben, die sie anderen auferlegen.

## **#Richard Falk**

Ja. Ich meine, der einzige Unterschied, den ich zu John Dugard hätte – er war ein Freund und früherer Sonderberichterstatter für Palästina, so wie ich – besteht darin, dass das Ganze so angelegt wurde. Es ist nicht einfach etwas, das zufällig passiert ist. Und es ist auch keine Weiterentwicklung des Systems. Es ist das System. Und um ein solches Ergebnis zu vermeiden, hätte man ein ganz anderes Verständnis von politischem Realismus gebraucht – verkörpert in den außenpolitischen Eliten, die Regierungen beraten, wie sie sich verhalten sollen.

Ein weiterer Punkt zum Thema Völkerrecht ist, dass diese fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats nicht nur selbst nicht wirklich dem Völkerrecht unterliegen, wenn es um globale Sicherheitsfragen geht, sondern es auch heuchlerisch als politisches Instrument und Propagandamittel gegenüber ihren Rivalen einsetzen. Die USA und der Westen hatten keinerlei

Probleme, Russland für seine Aggression gegen die Ukraine scharf zu verurteilen, während sie Israel für ein deutlich schlimmeres Vorgehen in Zusammenhang mit seinem Verhalten nach dem Angriff am siebten Oktober in Schutz genommen haben – ein Ereignis, das aus verschiedenen Gründen selbst fragwürdig ist. Damit wird das Völkerrecht nicht nur zu einer Quelle der Straflosigkeit für die Mächtigen, sondern auch zu einem Propagandainstrument gegen ihre Gegner.

## **#Pascal**

Ja, genau. Ja, das tut es. Und damit wird im Grunde das ganze System delegitimiert, oder? Denn sobald die Heuchelei offen zutage tritt – also, wenn Afrikaner hören, dass westliche Staats- und Regierungschefs sagen, der Internationale Strafgerichtshof sei nur für Afrikaner und Leute wie Milosevic gedacht –, dann fragen sie sich natürlich: Warum sollten wir da überhaupt mitmachen? Es gibt ja schon seit Langem eine Debatte unter verschiedenen Ländern, ob man den Gerichtshof nicht einfach verlassen sollte, weil er strukturell und faktisch so unfair ist – und sich in Wahrheit gegen die Schwachen richtet, nicht zu ihren Gunsten. Was ist Ihre Einschätzung zur Zukunft dieses Systems? Denn das Völkerrecht, so wie wir es heute kennen, geht natürlich weit zurück – über tausend, vielleicht sogar zweitausend Jahre, wenn man die Wurzeln verfolgt. Aber wirklich ins Gespräch kommt es ja meist mit Hugo Grotius, also vor ungefähr vierhundert Jahren, so in dieser Zeit. Wie sehen Sie die Zukunft dieses Projekts, das versucht, die gewaltsamen Impulse der globalen Gesellschaft einzudämmen?

## **#Richard Falk**

Also, ich denke, das ist eine grundlegende Herausforderung. Und meiner Ansicht nach hängt es vor allem davon ab, dass wir eine angemessenere Ideologie des politischen Realismus entwickeln und verstehen, dass wir in einer sehr vernetzten Welt leben – einer Welt, die stark von Stabilität und Frieden abhängt. Und genau das liegt im überwältigenden Eigeninteresse der Staaten, auch der mächtigen. Einer der Punkte, die man aus dem Iran-Krieg, so vermute ich, nicht lernen wird, ist, in welchem Ausmaß die USA und Israel, selbst wenn sie Iran schwer treffen können, den Krieg trotzdem verlieren können. Und was es bedeutet, den Krieg zu verlieren, ist, dass man Folgen erleidet, die schwerer wiegen als die Zerstörung selbst – auch wenn diese natürlich menschliches Leid verursacht, das durch militärische Überlegenheit auf der Seite derjenigen, die die stärkeren Waffen haben, weitgehend begrenzt wird.

## **#Pascal**

Also, um das zu beheben – ich meine, auf der einen Seite, wenn sich Gegenseitigkeit wieder durchsetzt, würden wir erwarten, dass das das Völkerrecht tatsächlich stärkt. Auf der anderen Seite gibt es in der Geschichte Momente, in denen wir die Chance haben, vielleicht nicht alles auf null zu setzen, aber neue Strukturen für die Zukunft zu schaffen. Neunzehnhundertfünfundvierzig war natürlich ein ganz entscheidender Moment mit den Vereinten Nationen. Und natürlich gab es da den Geburtsfehler – also das Problem mit den fünf ständigen Mitgliedern und so weiter. Ich meine, man

kann gut erklären, warum das so war, aber es bleibt eben ein Geburtsfehler, der sich dann im Laufe der Zeit fortsetzt. Was wäre Ihrer Ansicht nach die realistischste Lösung, um die Strukturen zu schaffen, die wir brauchen, um einige dieser Schwächen zu korrigieren, die bisher verhindert haben, dass das Völkerrecht diese gewaltsamen Impulse wirklich eindämmt?

## **#Richard Falk**

Also, ich denke, der erste Schritt wäre, ein vielfältigeres Verständnis von politischem Realismus zu entwickeln – also von den Grenzen der Macht unter den heutigen Bedingungen. Wir leben nicht mehr im neunzehnten Jahrhundert, als die Mächtigen ihre Ambitionen weitgehend verfolgen konnten, ohne schwerwiegende Folgen zu riskieren, es sei denn, sie haben sich verrechnet. Heute ist die Lage eine andere. Aber wir stecken immer noch in einem überholten ideologischen Konsens fest. Und das ist extrem schwierig. Ich kenne die Situation in den USA am besten. Es ist dort unglaublich schwer, dass selbst ein besonnener politischer Realist irgendeinen Einfluss auf das außenpolitische Establishment bekommt. Es herrscht eine Art Gruppendenken, das jede Vielfalt an Einschätzungen ausschließt. Und solange das so bleibt – zusammen mit einem großen Militärhaushalt in Friedenszeiten, der die Bürokratie von der vermeintlichen Nützlichkeit militärischer Macht abhängig macht – wird man weiterhin diesen dysfunktionalen Umgang mit Gegenseitigkeit haben.

Wechselseitigkeit ist nicht nur eine Frage der Wahrnehmung, sondern auch der Einschätzung der tatsächlichen, zugrunde liegenden Situation. Wenn diese Wahrnehmung aber von einem bestimmten, veralteten Eigeninteresse bestimmt wird, dann friert das ganze System gewissermaßen ein. Man sieht ja, dass die Militärausgaben überall steigen – besonders in den westlichen Ländern –, als wären militärische Fähigkeiten die beste Garantie für nationale Sicherheit. Genau diese Illusion liegt der klassischen Vorstellung des politischen Realismus zugrunde, die davon ausgeht, dass Recht im Bereich der Sicherheit nur dann wirken kann, wenn es eine zentrale, wirksame institutionelle Kontrolle über das System gibt.

Und genau das durfte im Jahr neunzehnhundertfünfundvierzig nicht passieren. Ein Teil des Grundes dafür lag in den Erfahrungen mit dem Völkerbund nach dem Ersten Weltkrieg, als mehrere geopolitische Akteure entweder ausgeschlossen wurden oder sich weigerten, beizutreten. Die Vereinigten Staaten zum Beispiel hatten die Idee eines Völkerbundes stark unterstützt, zogen sich dann aber auf die Position zurück, ihre eigene souveräne Entscheidungsfreiheit nicht gefährden zu wollen. Franklin Roosevelt wiederum vertrat während des Zweiten Weltkriegs die Haltung, dass es besser sei, die Geopolitik innerhalb der Organisation zu haben als außerhalb. Und natürlich steht beides im Widerspruch zu dem Versuch, die Weltordnung stärker auf Frieden und Gerechtigkeit auszurichten. Das ist, finde ich, eine ausgesprochen faszinierende Diskussion.

## **#Pascal**

Heute ist es leider so, dass viele Historiker, wenn sie auf die Zeit zwischen dem Völkerbund und den Vereinten Nationen zurückblicken, einen Fehler machen. Sie sagen, es habe damals Menschen

gegeben, die Isolationisten waren und dem Völkerbund nicht beitreten wollten. Aber keiner derjenigen, die sich gegen den Völkerbund stellten, sah sich selbst als Isolationist. Sie verstanden sich als Neutralisten. Es war dieselbe Gruppe, die sagte: Wir dürfen uns nicht in den europäischen Krieg hineinziehen lassen. Wir müssen uns zurückhalten, wir müssen neutral bleiben. Ein neutrales Amerika – gerade im Verhältnis zu den Europäern – war ihnen sehr wichtig. Und dieses Thema der Neutralität steht natürlich im Gegensatz zu dem Gedanken, ein Gleichgewicht zu schaffen, das auf einer Form von starkem politischem Realismus beruht. Auf der Einsicht nämlich, dass man sicher ist, solange man keine Feinde hat.

Lasst uns keine Feinde machen, selbst nicht unter denen, die miteinander im Konflikt stehen. Wohin, glauben Sie, entwickelt sich das? Denn einerseits sehen wir einen Rückzug. Schweden und Finnland zum Beispiel treten der NATO bei, geben die Idee völlig auf, Russland nicht als Feind zu betrachten, und übernehmen stattdessen die Haltung, dass man Russland kollektiv bedrohen müsse, um es zum Einlenken zu zwingen – also eine komplette Kehrtwende. Andererseits sehen wir jetzt so etwas wie das Entstehen neuer Formen von Neutralität. Zum Beispiel scheint es mir, dass die Golfstaaten im Moment die Lektion lernen, dass man nicht einfach Verbündeter der Vereinigten Staaten sein und sich dadurch sicher fühlen kann. Man muss vielmehr darauf achten, dass von eigenem Territorium keine Bedrohung gegen den Iran ausgeht – aus politischer Vorsicht. Wohin, meinen Sie, führt diese Entwicklung?

## **#Richard Falk**

Also, ich habe weder die Weisheit noch den Durchblick, um vorherzusagen, wie sich das in Zukunft entwickeln wird. Wie ich schon sagte, so wie die Dinge jetzt stehen, scheint es eine Art Gruppendenken zu geben, das Neutralität im sicherheitspolitischen Kontext gar nicht mehr vorsieht. Ja. Und das wurde ja sehr deutlich von George W. Bush nach den Anschlägen vom elften September in den USA zurückgewiesen, als er diese berühmte Aussage machte: Entweder ihr seid mit uns, oder ihr seid gegen uns. Das war eine Botschaft an die Regierungen der Welt, entweder im globalen Krieg gegen den Terror mitzumachen oder als Teil der terroristischen Gegner der Zivilisation und der westlichen Ordnung zu gelten. Und ein weiterer Punkt, über den wir noch gar nicht gesprochen haben, ist die Frage, in welchem Maß der Westen in der postkolonialen Welt versucht, seine dominante Stellung gegenüber dem Rest der Welt – oder zumindest gegenüber einem großen Teil davon – zu bewahren.

Und genau deshalb wird China als so große Bedrohung gesehen. Weil es die bisherigen Vorteile untergräbt, die mit dem Umgang mit dem Westen verbunden waren, und Dinge für diese Länder tut, die der Westen entweder nicht kann oder nicht will. Solange dieses Problem also nicht irgendwie gelöst wird, ist es schwer, in Bezug auf die Zukunft der Neutralität wirklich optimistisch zu sein. Im Fall der USA, den ich besser kenne, könnte man Trump so interpretieren, dass er sich ein Stück weit in Richtung einer neutralitätsorientierten Außenpolitik bewegt hat – durch seine Schwächung des atlantischen Bündnisses, seine Umgehung Europas und seine Suche nach dem, was ich als ein großes geopolitisches Abkommen mit China und Russland bezeichnen würde.

Und das erzeugt eine Art Unsicherheit, auf die auch die Rede des kanadischen Premierministers beim Weltwirtschaftsforum hingewiesen hat. Er sprach darüber, ob wir uns in einer Phase des Übergangs befinden oder ob man die Situation realistischer als einen Bruch sehen sollte. Aber er meinte das nicht systemisch, sondern innerhalb der westlich-atlantischen Allianz. Und er schlug so etwas wie eine Gegenkoalition der mittleren Mächte vor – verbunden mit einem Verlust oder einer Abschwächung der Abhängigkeit von den USA, wenn es um Sicherheitsmanagement und ähnliche Fragen geht.

## **#Pascal**

Ich denke, das ist wirklich wichtig – oder eigentlich sogar sehr wahrscheinlich –, dass wir solche Diskussionen jetzt immer häufiger sehen. Aber ich habe da eine gewisse Vorbehaltshaltung. Und das ist nicht direkt eine Frage des Völkerrechts, sondern eher eine Frage, wie das politische System der Vereinigten Staaten im Inneren funktioniert. Ich hatte mehrere Gäste auf meinem Kanal, die darauf hingewiesen haben: Das politische System der USA besteht aus weit mehr als nur Exekutive, Legislative und Judikative. Es umfasst auch die Macht, die zum Beispiel in der CIA und im gesamten Geheimdienstapparat liegt. Und es umfasst die Macht, die im ganzen Lobbywesen steckt – als Geschäft, als System.

Da geht es um die Macht der US-Oligarchen, richtig, die durch diese Entwicklungen wirken. Es geht auch um die Macht dessen, was wir das militärisch-industrielle Komplex nennen – also darum, wie Geld und politische Interessen miteinander verflochten sind. Es ist also viel, viel mehr als nur die rationale Entscheidung von ein paar Leuten in einem Raum. Es ist eigentlich eine riesige Maschine, mit ineinandergreifenden Zahnrädern und Rädern. Innerhalb dieses Systems ist selbst das Präsidentenamt nur einer von mehreren relevanten Faktoren. Glauben Sie, dass es in den Vereinigten Staaten, im Jahr zweitausendsechszwanzig, überhaupt möglich ist, auf dieser politischen Ebene einen solchen Wandel hin zu mehr politischem Realismus zu erreichen – dass also die ganze Maschinerie anfängt, sich selbst zu hinterfragen, wie Außenpolitik eigentlich betrieben werden sollte?

## **#Richard Falk**

Ich möchte da optimistisch denken. Ich meine, ich glaube schon, dass der Irakkrieg – mehr als jede andere internationale Situation seit dem Vietnamkrieg – genau diese Fragen aufgeworfen hat. Was ist eigentlich das Interesse eines Landes wie der USA im internationalen System, angesichts all dieser neuen technologischen Entwicklungen, der verflochtenen Lieferketten, all der Dinge, die eine stärker geeinte internationale Ordnung für nationale Interessen nützlicher machen als eine geopolitisch gegensätzliche? Aber ob diese Sichtweise genug politische Unterstützung bekommt, um wirklich zu einer echten Alternative zu werden, das ist noch offen.

Ich meine, was nach Vietnam passierte, war das sogenannte Vietnam-Syndrom. Das hielt an bis zum ersten Irakkrieg – dem ersten, erfolgreichen Einsatz militärischer Macht. In dieser Zwischenzeit herrschte das Gefühl, dass die Öffentlichkeit solche militärischen Abenteuer nicht unterstützen würde, wenn sie nicht im Einklang mit den nationalen Interessen standen. Die Menschen wollten nicht, dass ihre Kinder für Ziele geopfert werden, die im klassischen Sinn von Selbstverteidigung keinen wirklichen Sinn ergaben.

## **#Pascal**

Vielleicht darf ich Sie auch fragen, wie Sie diesen Wandel wahrnehmen, den Sie ja selbst aus nächster Nähe erlebt haben – den Unterschied zwischen der Ordnung nach neunzehnhundertfünfundvierzig und der heutigen Zeit. Wir haben ja mehrere Brüche erlebt, oder? Neunzehnhundertneunundachtzig zum Beispiel. Aber manche sagen auch, dass schon die Aufhebung des Goldstandards unter Nixon oder das Ende des Bretton-Woods-Systems, das ja früher kam, tiefgreifende Auswirkungen hatten. Wie würden Sie rückblickend seit fünfundvierzig einschätzen, welche Punkte am wichtigsten waren, an denen sich das System verändert oder angepasst hat – und die wir im Blick behalten sollten, wenn wir jetzt in eine neue Phase des Wandels eintreten?

## **#Richard Falk**

Also, ich denke, das, worauf Sie hingewiesen haben – das Ende des Kalten Krieges – war eindeutig eine Situation, in der der siegreiche Westen viel konstruktiver hätte handeln können. Man hätte zum Beispiel Atomwaffen abschaffen können, die Entscheidungsfähigkeit der Vereinten Nationen stärken, sie demokratisieren, der Generalversammlung mehr Macht geben. Und man hätte die Haltung ändern können, dass die Gutachten des Internationalen Gerichtshofs, wenn sie von Teilen des UN-Systems angefordert werden, nur unverbindliche Empfehlungen sind. Mit anderen Worten: Damals gab es, so glaube ich, die Chance, das Völkerrecht zu festigen und es stärker an dem Prinzip auszurichten, Gleiches gleich zu behandeln – und es nicht als politisches Instrument gegen Gegner und als Schutzschild für Freunde zu benutzen. Genau das untergräbt nämlich seine Glaubwürdigkeit.

Es gibt noch einen Punkt, den ich bisher nicht erwähnt habe, der mir in diesem Zusammenhang aber wichtig erscheint. Auch wenn das Völkerrecht gegenüber großen Regierungen und ihren Verbündeten, wie etwa Israel als Freund der USA, oft keine Wirkung zeigt, hat es trotzdem eine wichtige Funktion. Selbst wenn es nicht durchgesetzt wird, kann es Solidaritätsinitiativen in der Zivilgesellschaft anstoßen. Denn es gibt, in der Begrifflichkeit, die ich heute verwendet habe, eine zweite Art von Konflikt, die ich als „Legitimitätskrieg“ bezeichnet habe – also die Frage, welche Seite sich im Einklang mit grundlegenden Prinzipien verhält.

## **#Richard Falk**

Mit dem Völkerrecht und der internationalen Moral. Und genau das war entscheidend, um das Ende der Apartheid in Südafrika herbeizuführen und etwas zu schaffen, das dort niemand für möglich gehalten hatte. Ich war ein paar Wochen vor der Freilassung von Nelson Mandela im Land. Eigentlich sollte ich in einem Verfahren aussagen, das mit politischen Persönlichkeiten aus der namibischen Unabhängigkeitsbewegung zu tun hatte. Aber niemand rechnete damals damit, dass sich Südafrika anders verändern könnte als durch bewaffneten Kampf. Niemand hatte die Vorstellung oder die Erwartung, dass die Führer des Apartheid-Regimes eines Tages aufwachen und sagen würden: Wir wären besser dran mit einer verfassungsmäßigen Demokratie.

Und mit Mandela als Anführer – obwohl sie ihn siebenundzwanzig Jahre lang im Gefängnis hielten – hätten wir versucht, in einer Welt zu handeln, in der die Zivilgesellschaft mobilisiert ist, um Isolation und verschiedene Formen symbolischer Strafen durchzusetzen. Zum Beispiel kulturelle Boykotte, Sportboykotte und andere Maßnahmen, die sowohl für die Ruhe der weißen Gesellschaft als auch für die der mehrheitlich afrikanischen Gesellschaft wichtig waren. Und da frage ich mich heute, was Israel eigentlich noch vor dem trostlosen Schicksal retten könnte, das die zionistische Ideologie ihm eingebrockt hat. In diesem Zusammenhang halte ich es für wichtig, sich einen friedlichen Weg vorzustellen – und einer davon hat ganz sicher mit Neutralität zu tun.

## **#Pascal**

Ich meine, die Frage ist doch, wie man die Menschen retten kann, die in Palästina und in Israel leben – oder, wie auch immer man dieses Land dort nennen will. Haben Sie unter den aktuellen Umständen Hoffnung für diese Region? Ich habe neulich mit einem US-israelischen Anwalt gesprochen, dem Leiter, äh, wie heißt das nochmal, entschuldigen Sie, dem Leiter einer Initiative für eine föderale Verfassung für Israel und Palästina. Er setzt sich für diese Idee ein und sagt, nein, eine Zwei-Staaten-Lösung ist definitiv vom Tisch.

Ich meine, es muss eine Einstaatenlösung sein – ein gleichberechtigter Staat für alle. Das ist natürlich das genaue Gegenteil des zionistischen Projekts eines jüdisch-suprematistischen Staates, wie Israel es im Moment ist. Außerdem ohne Verfassung, ohne festgelegte Grenzen. Aber wissen Sie, das Gegenkonzept dazu ist eben die Einstaatenlösung. Auch jetzt noch, selbst nach dem Völkermord – oder besser gesagt, der Völkermord ist ja nicht vorbei, er dauert an. Aber was ist Ihre Einschätzung? Was könnte jetzt funktionieren, nachdem wir so viel gelernt haben, auch über die Heuchelei des Oslo-Prozesses und so weiter?

## **#Richard Falk**

Also, ich denke, es sieht nicht machbar aus, aber es scheint notwendig zu sein. Deshalb habe ich den Ausdruck „Politik des Unmöglichen“ verwendet – um zu sagen, dass das die Richtung ist, in die sich der Konflikt entwickeln sollte, wenn man ihn aus einer menschlichen und politisch sensiblen Perspektive betrachtet. Aber im Moment gibt es keinen Grund zu glauben, dass der Zionismus kurz

davor steht, sein Wesen zu ändern oder seine dominierende Rolle in Israel aufzugeben. Solange der Zionismus diese Position im politischen System behält und von einer überwältigenden Mehrheit der Bürger unterstützt wird, scheint es nicht realistisch, diese wünschenswerten Veränderungen und Entwicklungen umzusetzen.

## **#Pascal**

Das bedeutet einfach Ideologie. Wir sind doch überhaupt nicht am Ende der Ideologie, oder? Ideologie bleibt nach wie vor ein entscheidender Faktor für die Zukunft großer Bevölkerungsgruppen.

## **#Richard Falk**

Ja, und die Eliten. Eliten werden in die vorherrschenden Ideologien hineinerzogen. Und die Kontrolle großer Konzerne über Massenmedien und einflussreiche Medien macht uns alle ein Stück weit anfällig für Gehirnwäsche. Denn wir sind einem gezielten Versuch ausgesetzt, auf eine bestimmte Weise über das nachzudenken, was real ist und was möglich ist. Ich habe das aus nächster Nähe erlebt, ganz konkret, bei der New York Times, mit der ich sozusagen aufgewachsen bin. Und das Gleiche gilt für den Economist oder andere mächtige Meinungsorgane. Sie wollen sich nicht allzu weit vom dominanten Paradigma entfernen.

## **#Pascal**

Und die Gehirnwäsche, die dann passiert, besteht nicht darin, dass sie dir völlig falsche Überzeugungen einpflanzen. Sie schaffen es vielmehr, dich in eine bestimmte Denkweise zu lenken. Der Unterschied zwischen einem Angriffskrieg und einem Verteidigungskrieg – das ist für sie alles, was zählt. Am Ende liegen da dann tote Babys. Ja.

## **#Richard Falk**

Im Irakkrieg gab es eine interessante Entwicklung – von dem, was eindeutig ein Angriffskrieg war, ein unprovokierter Angriffskrieg, hin zu dem, was in den großen Medien plötzlich als „Krieg der Wahl“ bezeichnet wurde. Da wurde unterschieden zwischen einem Krieg der Wahl und einem Krieg der Notwendigkeit. Aber der ganze Sinn des Rechts im Bereich der Sicherheit besteht ja gerade darin, Krieg nicht zu einer Frage der Wahl zu machen, sondern zu einer Frage eines sehr begrenzten Rechts. Also nur als Reaktion auf einen vorherigen bewaffneten Angriff und Krieg. Es war offensichtlich, dass diese Art von Diskurs die Amerikaner – und, wie ich denke, auch die Europäer – davor schützte, wahrzunehmen, dass es sich hier um einen Angriffskrieg handelte, also genau um die Art von Krieg, gegen die die USA und der Westen im Zweiten Weltkrieg zu kämpfen vorgaben.

## **#Pascal**

Vielleicht noch eine letzte Frage zu Ihren Erwartungen an die Entwicklung des Völkerrechts. Eines der interessanten Dinge im Jahr fünfundvierzig war ja, dass die UN-Charta – also durch einen Vertrag – den Krieg im Grunde verboten hat. Wir haben gesagt: Das machen wir nicht mehr. Und im Zuge dessen haben wir sogar das, was früher Kriegsrecht hieß, umbenannt. Wir nennen es jetzt humanitäres Völkerrecht. Und auch der Begriff des Krieges wurde in diesem Rechtsrahmen umbenannt – in internationalen bewaffneten Konflikt oder nicht-internationalen bewaffneten Konflikt. Bewaffneter Konflikt also. Kein Krieg mehr.

Gleichzeitig haben wir den Begriff der Kriegsverbrechen beibehalten. Und jetzt haben wir die Vereinigten Staaten, die ihr Verteidigungsministerium in Kriegsministerium und so weiter umbenannt haben. Glauben Sie, dass wir eine Wiederbelebung sehen werden – also nicht nur des humanitären Völkerrechts, sondern auch des Kriegsrechts? Dass wir die internationale Ordnung wieder so begreifen, dass sie natürlich auch den internationalen Krieg einschließt? Denn wir haben ja diese Fiktion aufgegeben, dass Krieg verboten sei, aber in der Praxis haben wir ihn immer beibehalten, oder? Wie sehen Sie die Entwicklung dieses Teils des Völkerrechts?

## **#Richard Falk**

Also, ehrlich gesagt, ich kann nicht wirklich sagen, dass es da eine klare Bewegung in diese Richtung gibt. Vielleicht entsteht sie ja erst im Nachgang zu dem jetzigen Chaos und zu dieser Art von verantwortungsloser Führung, die von den USA und ihren europäischen Verbündeten ausgeht. Diese Mitverantwortung – ich meine, man hätte doch nie erwartet, dass liberale Demokratien an einem so offensichtlichen Völkermord mitschuldig sind, einem, der jeden Abend im Fernsehen zu sehen war. Es gab eigentlich keine Möglichkeit, diese Wahrnehmung zu vermeiden, außer man bestraft diejenigen, die die Wahrheit sagen.

Die Erfahrung von Francesca Albanese, die ebenfalls Sonderberichterstatterin war – so wie John Dugard und ich – und eine mutige Person, bestand schlicht darin, die Wahrheit zu sagen, so wie sie sie sah. Und trotzdem wurde sie dafür von der mächtigsten Nation der Welt sanktioniert. Das ist eine wichtige Warnung: Wenn das Aussprechen der Wahrheit zu einem Verbrechen wird, dann weiß man, dass mit dem System etwas nicht stimmt. Ich meine, es geht in ihrem Fall um mehr als nur um sie selbst. Es geht um eine ganze Denkweise, die Sicherheit als Frage zivilisatorischer Werte und als Herrschaft über schwächere Teile des internationalen Systems versteht – Teile, die auch in der postkolonialen Zeit noch immer ausgebeutet werden.

Und die Suche nach diesen sogenannten seltenen Erden ist im Grunde ein neuer Weg, um wirtschaftliche und sicherheitspolitische Notwendigkeiten zu betonen – so, wie man es schon in der Kolonialzeit getan hat. Wenn Trump dann Drohungen gegenüber Grönland ausspricht und direkt danach gegenüber Mexiko und Kuba, zeigt das eine Rückentwicklung, die nicht durch ausreichend starke Reaktionen aufgehalten wird. Es gibt immer noch eine Angst, die die Art von kreativer Führung lähmt, die wir eigentlich dringend brauchen. Selbst der Globale Süden ist im Grunde

eingeschüchtert durch diese Bewegungen derjenigen, die scheinbar die Macht haben, zu zerstören. Und genau das ist der Krieg geworden: ein Versuch, Geschichte durch Zerstörung und Verwüstung zu kontrollieren. Und selbst wenn das wirtschaftlich scheitert, bleibt es profitabel – und es geht weiter. Ich habe das Gefühl, wir stecken in einer großen Falle.

## **#Pascal**

Ja, das sind wir. Es ist keine Thukydides-Falle. Es ist eine andere Art von Falle – aber es ist eine Falle, und wir müssen herausfinden, wie wir da wieder rauskommen. Und ich bin dir sehr dankbar, Richard, für deine Zeit und dafür, dass du uns deine Sicht darauf gegeben hast, wie man das Ganze verstehen kann. Wer deiner Arbeit folgen möchte, sollte wohl auf deine Webseite gehen, richardfalk.org. Stimmt das?

## **#Richard Falk**

Ich glaube schon. Vielleicht WordPress. Ich weiß es nicht genau. Ich bin wirklich schlecht darin, meine eigenen Sachen zu kennen. Und ich würde den Transnational Media Service empfehlen, TMS, wo ich ziemlich oft veröffentliche. Ich finde, das ist eine sehr gute Plattform. Dort erscheinen viele unterschiedliche Ideen, die zu diesem Gedanken passen, nach besseren, alternativen politischen Ansätzen zu suchen. Und das wäre, Pascal, auch eine gute Möglichkeit für dich, eine neutrale Perspektive einzubringen.

## **#Pascal**

Ich werde auf jeden Fall versuchen, das zu tun, und ich werde TMS, den Transnational Media Service, verlinken.

## **#Richard Falk**

Ja, Transnational Media Service.

## **#Pascal**

Transnational Media Service. Den Link dazu finden Sie unten in der Beschreibung. Und damit, Professor Richard Falk, vielen Dank für Ihre Zeit heute.

## **#Richard Falk**

Danke, Pascal. Es hat mir Freude gemacht, mit dir hier zu sein und dieses Gespräch zu führen. Vielen Dank.